

VORSTELLUNG VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2016

7. Juni 2017

1. Rechtsextremismus

Es ist offenkundig, dass vom Rechtsextremismus erhebliche Gefahren für die Verfassungsordnung, die Innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden ausgehen. Gerade die rechtsextremistischen Übergriffe in den vergangenen Jahren dokumentieren dies deutlich. Der Rechtsextremismus wird daher vom Verfassungsschutz weiterhin mit hoher Intensität beobachtet und analysiert.

Allgemeines

Auch im Jahr 2016 ist das rechtsextremistische Personenpotenzial in Rheinland-Pfalz, abgesehen von marginalen Verschiebungen innerhalb der einzelnen Erscheinungsformen, weitestgehend konstant geblieben. Damit folgte die Entwicklung dem Trend der vorausgegangenen Jahre. Besondere Gefahrenpotenziale innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums bilden nach wie vor die gewaltorientierten Rechtsextremisten und aufgrund ihrer ideologischen Positionen die Neonaziszene.

Bei gewaltorientierten Rechtsextremisten, einer Schnittmenge von Aktivisten aus den unterschiedlichen Erscheinungsformen, besteht die dauerhafte Gefahr der mitunter schnellen Radikalisierung, ggf. bis hin zum Terrorismus. Beispiele aus jüngerer Zeit wie die von den Sicherheitsbehörden zerschlagenen Gruppen „Old School Society“ (OSS) im Jahr 2015 und „Gruppe Freital“ in Sachsen im Jahr 2016 veranschaulichen dies. Vergleichbare Entwicklungen oder Strukturen waren 2016 in Rheinland-Pfalz nicht zu verzeichnen. Ungeachtet dessen richtet der Verfassungsschutz weiter ein Hauptaugenmerk auf die Früherkennung und das Aufklären etwaiger länderübergreifender Verbindungen und Vernetzungsbestrebungen von Rechtsextremisten.

Neonationalsozialisten (kurz: Neonazis) zeigten sich 2016 in Rheinland-Pfalz uneinheitlich. Die Organisationsform hierarchisch strukturierter „Kameradschaften“ verlor weiter an Bedeutung; von einer „Szene“ kann nicht mehr gesprochen werden. Den Schwerpunkt neonazistischer Strukturen bilden heute vielmehr lose formierte Gruppie-

rungen mit sehr niedrigem Organisationsgrad. Daneben findet sich ein Teil der Neonazis in Kleinparteien wie „Der III. Weg“. Sie verfolgen unter dem taktischen Schutz des Parteienprivilegs offenkundig andere Ziele, als am demokratischen Willensbildungsprozess teilzuhaben.

Die ausgeprägt neonazistische Partei „Der III. Weg“ hat 2016 ihre Strukturen im Bundesgebiet weiter ausgebaut. Sie verfügt mittlerweile über vier „Gebietsverbände“ mit regionalen „Stützpunkten“, darunter weiterhin drei mit Bezug zu Rheinland-Pfalz. Auch 2016 fokussierten sich Agitation und Aktionismus des „III. Wegs“ - wenn auch mit gegenüber 2015 insgesamt verminderter Intensität - auf das Themenfeld Asyl und Zuwanderung. Der Raum Westerwald war dabei ein regionaler Schwerpunkt.

Zahlenmäßig stärkste rechtsextremistische Partei in Rheinland-Pfalz blieb die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Von einem landesweiten Aktionsradius kann aber nicht mehr die Rede sein. Die Zahl ihrer Kreisverbände schrumpfte weiter von fünf auf drei. Der öffentliche Aktionismus ging nach der für die NPD ernüchternden Landtagswahl im März 2016 - sie erreichte nur 0,5 % der Stimmen - merklich zurück. Der am 17. Januar 2017 vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesene Antrag des Bundesrates, die Partei für verfassungswidrig zu erklären und aufzulösen, wurde auch vom rheinland-pfälzischen NPD-Landesverband positiv kommentiert. Dabei wird verkannt, dass das höchste deutsche Gericht mit aller Deutlichkeit die Verfassungsfeindlichkeit der NPD festgestellt hat.

Agitation und Aktionen gegen Asylsuchende

Nach dem erheblichen Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlingseinrichtungen im Jahr 2015 war diese Entwicklung 2016 - korrespondierend mit den zurückgehenden Asylbewerberzahlen - zwar rückläufig. Allerdings blieb die Zahl der entsprechenden Straftaten im Vergleich zum Vorjahr nach wie vor auf einem nicht hinnehmbaren hohen Niveau. Insgesamt wurden 2016 in Rheinland-Pfalz 21 rechts motivierte Straftaten gegen Flüchtlingseinrichtungen festgestellt, davon vier Gewaltdelikte (2015: 29 Straftaten, davon acht Gewaltdelikte). Rheinland-Pfalz

stellt damit im Ländervergleich auch weiter keinen hervorstechenden Schwerpunkt dar.

Nahezu unvermindert polemisierte die rechtsextremistische Szene anhaltend gegen die Asylpolitik und bediente sich hierbei sowohl des Internets als auch klassischen Agitationsformen wie Flugblattverteilungen oder Informationsstände. Dennoch reichte das Thema „Anti-Asyl“ oftmals nicht mehr als alleiniger Mobilisierungsfaktor für Veranstaltungen und Demonstrationen aus. Dies führte 2016 schließlich zu einem deutlichen Rückgang öffentlicher Aktivitäten wie Demonstrationen zum Themenfeld.

Grund zur Entwarnung besteht indes nicht. Islamistische Terroranschläge führten auch 2016 zu einer anlassbezogenen Anheizung der in der rechtsextremistischen Szene vorherrschenden islamfeindlichen Stimmung. Die Taten wurden instrumentalisiert, um Ängste und Ressentiments pauschal gegen Asylsuchende zu schüren. Die einschlägigen Kommunikationsplattformen im Internet wurden dazu genutzt, Hassbotschaften und Schuldzuweisungen zu verbreiten. So wurden als Reaktion auf den islamistischen Anschlag in Berlin am 19. Dezember 2016 bundesweit Demonstrationen durchgeführt, so auch in Ludwigshafen am Rhein am 27. Dezember 2016.

Die Entwicklung zeigt: Während Aktivitäten von Rechtsextremisten 2015 vornehmlich dort feststellbar waren, wo neue Asyleinrichtungen entstehen sollten, war im zurückliegenden Jahr nicht mehr der Zuzug von Asylsuchenden als solches das zentrale Thema, sondern die pauschal unterstellten von diesen ausgehenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die rechtsextremistische Szene ihr Ziel, ein subjektives Bedrohungsgefühl zu erzeugen, indem propagiert wird, Deutschland drohe „Überfremdung“ durch Asylsuchende, auch im zurückliegenden Jahr mit hoher Intensität verfolgt hat. Insofern agierte sie wie bereits 2015 als geistiger Brandstifter.

Statistische Angaben Rechtsextremismus

Personenpotenzial

	2016	2015
Gesamt	650	650
Gewaltorientierte*	150	150
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	40	40
Neonazis	200	200
Parteien	250	250
Sonstige	160	160

Angaben gerundet, Gesamtzahlen ohne Mehrfachmitgliedschaften.

** Die Zahl der Gewaltorientierten beinhaltet vor allem das subkulturelle Potenzial und einen Teil der Neonazis.*

Politisch motivierte Kriminalität - rechts

Die Zahl politisch motivierter Straftaten - rechts - belief sich im Jahr 2016 in Rheinland-Pfalz auf 693 und blieb damit annähernd auf dem Niveau des Vorjahres (2015: 701). Von den 693 registrierten Straftaten waren 387 sogenannte Propagandadelikte nach §§ 86 und 86a Strafgesetzbuch (StGB), die die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellen (2015: 395). Die Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (ohne Sachbeschädigungen) stieg auf 51 (2015: 47). In 43 Fällen handelte es sich dabei um Körperverletzungsdelikte (2015: 35).

Insgesamt 21 der 701 Straftaten richteten sich gegen Asylseinrichtungen (2015: 29), darunter vier Gewaltdelikte (2015: Acht).

	2016	2015
Gewalttaten - rechts:	51	47
Körperverletzungen	43	35
Brand-/Sprengstoffanschläge	3	.6
Landfriedensbruch	-	2
Andere Gewaltdelikte	5	4

Die Angaben sind der rheinland-pfälzischen Polizeilichen Kriminalstatistik entnommen.

2. „Reichsbürger“-Spektrum

Im Bundesgebiet, so auch in Rheinland-Pfalz, treten vermehrt Personen und Gruppierungen in Erscheinung, die Bezeichnungen fiktiver Staaten (z.B. „Freistaat Preußen“) oder staatlicher Scheinstrukturen (z.B. „Reichsregierung“), Pseudotitel und Fantasiepapiere verwenden sowie - überwiegend an Behörden gerichtete - weitschweifige Erklärungen mit haltlosen Behauptungen abgeben. Ihnen ist gemein, dass sie die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen, ihre Verfassungs- und Gesetzesordnung ablehnen und staatlichen Bediensteten ihre Legitimation absprechen. Zusammengefasst werden sie von den Sicherheitsbehörden als „Reichsbürger“-Spektrum bezeichnet.

Im Zuge der jüngeren Entwicklung hat sich die Erkenntnislage soweit verdichtet, dass Ende November 2016 die Einstufung des „Reichsbürger“-Spektrums als Sammelbeobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes vollzogen wurde. Es liegen hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte u.a. für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor. Dabei handelt es sich hierbei um einen Extremismus eigener Art mit einer bislang vergleichsweise geringen Schnittmenge zum Rechtsextremismus.

In Rheinland-Pfalz können mit Stand April 2017 rund 400 - weit überwiegend unorganisierte - Personen mit entsprechender Ausrichtung beziffert werden.

3. Islamismus

Charakteristisch für den Islamismus ist die Verknüpfung religiöser und politischer Argumente. Der Islam wird zu einer Rechts- und Staatsordnung erklärt, die politisch mit Nachdruck durchgesetzt werden soll.

Innerhalb des Islamismus stellt der Salafismus eine besonders rigide Strömung dar, die vielfach gewaltablehnend ist, sich jedoch teilweise mit dem Jihadismus¹ überschneidet. Jihadisten vertreten in Worten und Taten ein gewaltsames Jihad-Verständnis, das bis zum Einsatz terroristischer Mittel reicht.

Die Entwicklungen des Jihadismus hierzulande sind von den Ereignissen in der Nahostregion nicht zu trennen. Es liegen Erkenntnisse zu mehr als 890 Islamisten aus Deutschland vor, darunter 15 aus Rheinland-Pfalz, die in den vergangenen Jahren in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um sich dort an Kampfhandlungen zu beteiligen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen (Stand: Dezember 2016). Bei Syrien-Rückkehrern besteht die Gefahr, dass sie ihrer Kampfgruppe verbunden bleiben, eventuell gar in ihrem Auftrag sowie unter Nutzung der vor Ort erworbenen Fähigkeiten Aktivitäten bis hin zu einem Terroranschlag ausüben oder in islamistischen Kreisen als Vorbilder angesehen werden und Andere zu ähnlichen „Jihad“-Aktivitäten motivieren und/oder rekrutieren.

Bei den Sicherheitsbehörden häuften sich im Jahr 2016 auch die Hinweise auf mutmaßliche Kämpfer, Angehörige, Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Organisationen, die im Zuge der Flüchtlingsbewegung eingereist sind. In Rheinland-Pfalz lagen Polizei und Verfassungsschutz im Zeitraum Anfang 2015 bis Ende 2016 insgesamt 63 Einzelhinweise dieser Art vor. Nicht in allen Fällen führten die Ermittlungen zu einer Konkretisierung des gemeldeten Sachverhalts. Wie ernst die Sicherheitsbehörden solche Hinweise jedoch grundsätzlich nehmen müssen, zeigt der Umstand, dass

¹ Das ursprünglich breite Bedeutungsspektrum des arabischen Begriffs „Jihad“, das von der Bemühung des Einzelnen um eine islamische Lebensführung (sogenannter Großer Jihad) bis zum Einsatz für den Islam – seine Verteidigung ebenso wie seine Verbreitung (sogenannter Kleiner Jihad) – reicht, wird von gewaltbereiten Islamisten auf den militanten Aspekt verengt. Mehr noch, der kämpferische Jihad wird von ihnen als Terror fehlgedeutet und entsprechend praktiziert.

die Attentäter von Würzburg, Ansbach und Berlin diesem Personenspektrum entstammten.

Terroristische Einzeltäter und Gruppierungen stellen den extremsten Flügel innerhalb des Phänomenbereichs Islamismus dar. Die Sicherheitsbehörden konstatieren für die Bundesrepublik Deutschland seit mehreren Jahren eine hohe abstrakte Gefährdung durch den internationalen islamistisch motivierten Terrorismus. Im Jahr 2016 hat sich diese Gefährdung mehrfach konkretisiert. Den tragischen Höhepunkt der Jahresentwicklung markierte der Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt, als am Abend des 19. Dezember ein Attentäter einen LKW in eine Menschenmenge auf dem Breitscheidplatz steuerte. Bei dem Anschlag wurden insgesamt 12 Menschen getötet und über 60 verletzt.

Auch Rheinland-Pfalz wäre beinahe Schauplatz eines Anschlags geworden. Der Versuch, eine Sprengstoffvorrichtung auf einem Weihnachtsmarkt in Ludwigshafen zu zünden, ist aus technischen Gründen misslungen. Dieser Anschlagsversuch stellt insoweit ein Novum dar, als es sich bei dem Täter um einen erst Zwölfjährigen handelt, der sich im Internet selbst radikalisierte. Die Generalbundesanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf.

Rheinland-Pfalz ist im Ganzen betrachtet allerdings kein ausgesprochener Brennpunkt des Islamismus in Deutschland. Allerdings hat auch hier das salafistische Personenpotenzial innerhalb des islamistischen Gesamtspektrums kontinuierlich zugenommen, im Jahresverlauf 2016 um 30 Personen.

Statistische Angaben Islamismus

Personenpotenzial

	2016	2015
Islamisten Gesamt	580	550
Gewaltorientierte	45	40
Salafisten	150	120
Angaben gerundet		

4. Linksextremismus

Das Ziel linksextremistischer Bestrebungen ist die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die durch die Errichtung eines totalitären, sozialistisch-kommunistischen Systems oder die Etablierung einer anarchistischen Gesellschaft ersetzt werden soll. Die unterschiedlichen Aktionsformen von Linksextremisten reichen von offener Agitation bis hin zu massiver Gewaltanwendung.

In Rheinland-Pfalz haben sich Strukturen und Erscheinungsbild des organisierten und gewaltorientierten Linksextremismus gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Das linksextremistische Potenzial umfasste Ende 2016 konstant etwa 500 Personen, darunter ca. 100 Gewaltorientierte. Im Mittelpunkt rheinland-pfälzischer Linksextremisten stand weiterhin ihr „antifaschistischer Kampf“ gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Zudem versuchten Linksextremisten, das eng mit der Entwicklung der Flüchtlings- und Asylpolitik verknüpfte Thema „Antirassismus“ für ihre demokratiefeindlichen Ziele zu nutzen. Das Abflachen des Flüchtlingsaufkommens führte in der zweiten Jahreshälfte 2016 zu einem merklichen Rückgang dieser Aktivitäten.

Unauffällig in ihrer öffentlichen Darstellung blieben in Rheinland-Pfalz revolutionär-marxistische Organisationen wie beispielsweise die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).

Statistische Angaben Linksextremismus

Personenpotenzial

	2016	2015
Gesamt	500	500
Gewaltbereite	100	100
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten	400	400

Gesamtzahlen ohne Mehrfachmitgliedschaften.

Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Politisch motivierte Kriminalität - links

Die Zahl politisch motivierter Straftaten - links - stieg in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 leicht an. Insgesamt wurden 79 Straftaten gezählt (2015: 73). Die ausgewiesenen Gewalttaten haben sich gegenüber dem Vorjahr halbiert.

	2016	2015
Gewalttaten - links:	8	16
Körperverletzungen	6	9
Landfriedensbruch	-	3
Brand-/Sprengstoffdelikte	-	3
Widerstandsdelikte	1	1
Andere Gewaltdelikte	1	

5. Nichtislamistischer Extremismus von Ausländern

Der rund 600 Personen umfassende nichtislamistische Ausländerextremismus in Rheinland-Pfalz ist weiterhin zum größten Teil von linksextremistischen und ethnisch motivierten Autonomiebestrebungen geprägt.

Politik, Strategie und Aktionismus der hier in Erscheinung tretenden Organisationen werden maßgeblich von den Entwicklungen und Ereignissen in deren Herkunftsländern bestimmt. Die dort zum Teil terroristisch agierenden Organisationen sehen Deutschland als sicheren Rückzugsraum, von dem aus heimatliche, zentrale Organisationseinheiten propagandistisch, materiell und finanziell unterstützt werden.

Besondere Bedeutung kommt in Rheinland-Pfalz der seit 1993 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten und seit 2002 von der EU als terroristische Organisation gelisteten „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) zu, die zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele in der Türkei fortgesetzt auf terroristische Mittel zurückgreift.

Der seit Dezember 2015 offen ausgebrochene Kampf zwischen der PKK und dem türkischen Staat mit zahlreichen Toten, der gescheiterte Putschversuch am 15. Juli 2016, dessen Auswirkungen sowie viele weitere Anschläge in der Türkei führten zu einer fortwährenden Verschärfung der Sicherheitslage vor Ort. Die PKK-Anhängerschaft in Deutschland reagierte darauf mit einer Reihe von überwiegend friedlich verlaufenen Protestveranstaltungen. Parallel dazu kam es zu Besetzungsaktionen gegen Medienanstalten und zu Brandanschlägen gegen türkische (halb-) staatliche Einrichtungen, für die vorwiegend die PKK-Jugend („Komalen Ciwan“) verantwortlich war.

Statistische Angaben nichtislamistischer Extremismus von Ausländern

Personenpotenzial

	2016	2015
Gesamt	600	600
Linksextremisten	500	500
Extreme Nationalisten	100	100

(Angaben gerundet)

Politisch motivierte Kriminalität - Ausländer

Insgesamt wurden 2016 im Bereich Politisch motivierte Kriminalität – Ausländer in Rheinland-Pfalz 69 Straftaten gezählt, davon vier Gewalttaten (2015: 36, davon zwei Gewalttaten).

6. Spionage

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein prioritäres Ausspähungsziel fremder Nachrichtendienste. Dies belegt allein die anhaltend hohe Präsenz von erkannten Nachrichtendienstmitarbeitern an den sogenannten Legalresidenturen fremder Staaten in Deutschland.

Das Aufklärungsinteresse fremder Nachrichtendienste richtet sich nicht zuletzt wegen des noch immer ungelösten Ukraine Konflikts und der anhaltenden Eskalation der Lage in Syrien und im Irak vor allem auf (militär-)politisch und strategisch relevante Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse Deutschlands und seiner Rolle in der EU und der NATO. Zudem rücken die wissenschaftlich-technologischen Ressourcen der Bundesrepublik Deutschland immer mehr in das Zielspektrum fremder Nachrichtendienste.

Was die Methodik anbelangt, so setzen die Nachrichtendienste fremder Staaten neben dem unverzichtbaren Einsatz menschlicher Quellen zur Informationsgewinnung vermehrt auf die Sammlung elektronischer Daten die durch die zunehmende Vernetzung offen zugänglich sind oder durch Cyberattacken illegal beschafft werden.

7. Verfassungsschutz - Strukturdaten

Der vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossene Haushaltsplan der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz weist für 2016 insgesamt 165 Stellen (2017: 184) aus.

Das Budget für Verwaltungsausgaben ohne Personalkosten im Haushaltsjahr 2016 betrug 1.373.200 € und 655.000 € für Investitionen.